



(v.l.) Andrea Trabert-Kirsch, Sabine Krieger-Mattila, David Kusserow, Nils Suchetzki, Claudia Klemm, Karin Klink, David Thiebes, Nina Limbach, Peter Bierbrauer (es fehlen: Björn Seelbach und Klaus Bremer).

VERJÜNGTE SPITZE BEI DER SPD KÖNIGSWINTER

Ortsverein wählte neuen Vorstand - Nils Suchetzki neuer Vorsitzender

>>> Die SPD Königswinter hat auf ihrer Jahreshauptversammlung am 10. April den 21-jährigen Lehramtsstudenten, Nils Suchetzki, zum neuen Vorsitzenden gewählt. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe. Wir haben ein starkes Team und klare Konzepte für die Kommunalwahl 2020. Königswinter kann und muss besser gestaltet werden! Viele Themen etwa in den Bereichen bezahlbares Wohnen, nachhaltige Ver-

kehrspolitik oder Bildung und Soziales müssen in Königswinter konsequenter angegangen werden. Wir werden nun aufzeigen, wie wir uns dies vorstellen“, so der Niederdollendorfer.

Neben Suchetzki werden die bisherige Vorsitzende Karin Klink (Oberpleis) und die Vinxelerin Andrea Trabert-Kirsch als stellvertretende Vorsitzende im Vorstand mitarbeiten. Sabine Krieger-

Mattila (Berghausen) und David Kusserow (Ittenbach) wurden als Kassiererin bzw. Schriftführer bestätigt. Als Beisitzer werden dem neuen Vorstand angehören: Peter Bierbrauer (Stieldorf), Klaus Bremer (Thomasberg), Claudia Klemm (Oberpleis), Nina Limbach (Oberdollendorf), Björn Seelbach (Altstadt) und David Thiebes (Oberdollendorf).

SPD FORDERT BÜRGERHÄUSER FÜR ALLE STADTTEILE

>>> Auf Initiative der SPD-Fraktion sind im Doppelhaushalt 2019/2020 insgesamt 20.000 Euro zur Planung von neuen Räumlichkeiten für Bürgerinnen und Bürger vermerkt. Vereine in Königswinter haben zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Räumlichkeiten für Versammlungen zu finden. Zuletzt musste in der Altstadt das Hotel Loreley schließen, welches bisher

einen großen Raum für Versammlungen geboten hatte. Bei den Haushaltberatungen haben die Königswinterer Sozialdemokraten klar gemacht, dass man in den kommenden Jahren in Bürgerhäuser investieren muss, um der Bürgerschaft mehr Möglichkeiten zu geben, sich zu versammeln und zu organisieren, aber auch Feierlichkeiten zu veranstalten.

AKTIV AM WELTFRAUENTAG

>>> Seit vielen Jahren organisiert die SPD Königswinter am Internationalen Frauentag Infostände, um auf die immer noch existierenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern hinzuweisen. Bereits seit 1875 hatte die SPD das Wahlrecht für Frauen gefordert und es 1919 einführen können. Den Einsatz für die Rechte von Frauen

hat die SPD seitdem konsequent weiterverfolgt: Beispielsweise hat die SPD das Partnerschaftsprinzip statt der Hausfrauenehe eingeführt oder auch, dass Frauen ohne Zustimmung ihres Ehemanns arbeiten dürfen. Doch es bleibt noch viel zu tun! Frauen müssen etwa endlich für ihre Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie Männer.

>>> Die SPD Königswinter veranstaltet in den einzelnen Ortsteilen regelmäßig Stammtische, sogenannte „Ortsteiltreffen“. Diese Treffen werden von den Mitgliedern der Ortsteile organisiert und stehen Bürgerinnen und Bürgern offen. Kommen Sie vorbei – wir beantworten gerne Fragen zur Kommunalpolitik in Königswinter und natürlich auch zu den anstehenden Europawahlen!

Stieldorf: 9. Mai, 19 Uhr, Ort auf Anfrage bei Andrea Trabert-Kirsch (02223-27391)

Altstadt: 16. Mai, 19 Uhr, H&H Wein- und Bierwirtschaft, Rheinallee 10

Nieder- und Oberdollendorf: 6. Mai, 19 Uhr, Weinhaus Lichtenberg, Heisterbacher Straße 131

Oberpleis/Ittenbach: 8. Mai, 19 Uhr, Haus Bramkamp, Propsteistraße 1

Thomasberg/Heisterbacherrott: 9. Mai, 19 Uhr, Gasthaus Otto, Steinringer Straße 5

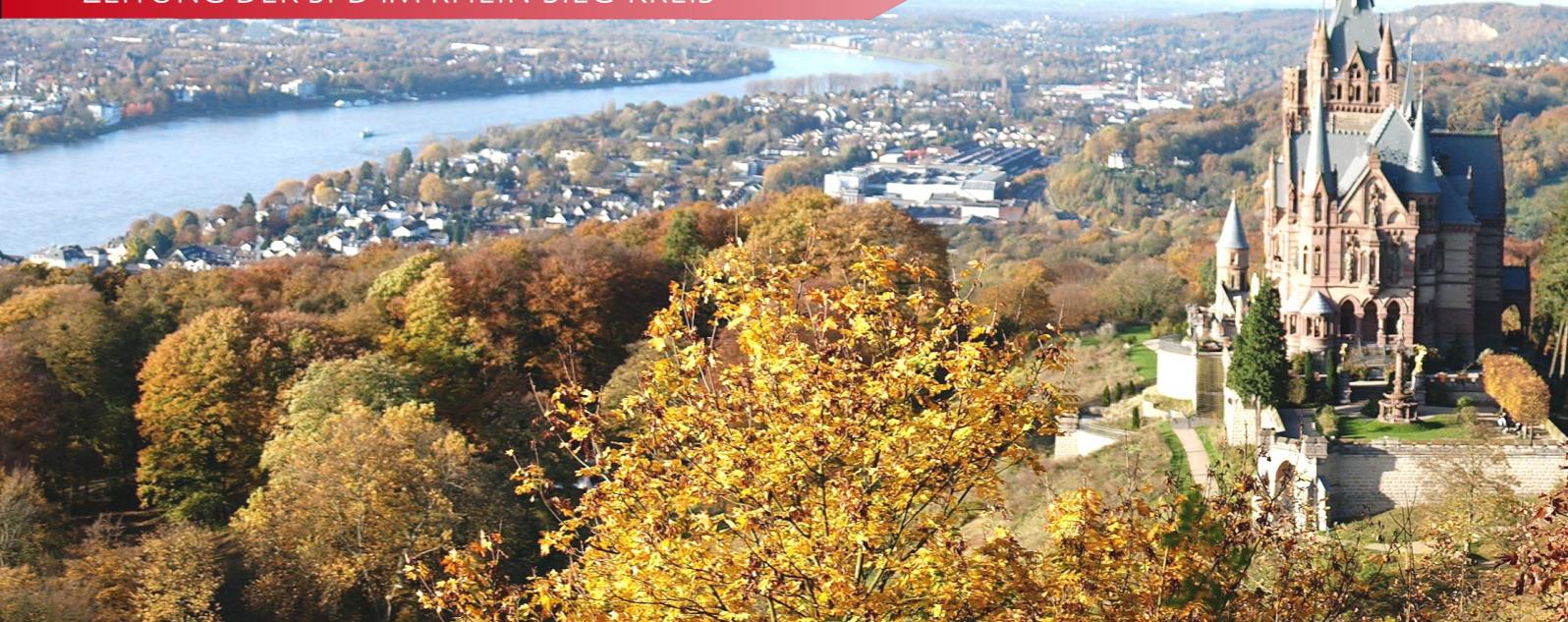
AUSGABE KÖNIGSWINTER

klartext

ZEITUNG DER SPD IM RHEIN-SIEG-KREIS



Mai 2019



HOCHWASSERSCHUTZ WIRD MISSACHTET

Letzte Chance für die Freihaltung des Sumpfweg-Geländes vertan?

>>> In der wahrscheinlich abschließenden Sitzung des Stadtrates am 18.03.19 zum Bebauungsplan Sumpfweg-Süd appellierte die SPD-Fraktion an die Koalitionsfraktionen (CDU, FDP und Grüne Alternative), die letzte Chance für die Freihaltung des Sumpfweg-Geländes zu nutzen. Bereits 2008 hatte die SPD, damals zusammen mit den Grünen, erfolglos die Einleitung eines Aufhebungsverfahrens für den Bebauungsplan beantragt.

Dass überhaupt nochmals die Chance bestand, dem Hochwasserschutz sowie dem Natur- und Arten- schutz angemessen zur Geltung zu verhelfen, beruhte auf Verfahrens- und materiellen Fehlern des Bebauungsplans und seiner letzten Änderungen. Der von der Stadt beauftragte Gutachter hatte diese Fehler im Ergebnis als heilbar bewertet, aber zugleich auf die Risiken einer solchen Heilung hingewiesen. Die Missachtung des Verbots jeglicher Überplanung von Flächen im Hochwassergebiet nach dem Wasserhaushaltsgesetz

blendet neue Erkenntnisse mit Blick auf die Folgen des Klimawandels aus. In der Ratssitzung votierte bei namentlicher Abstimmung die Mehrheit des Stadtrats mit 27 zu 21 Stimmen vor 120 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern für eine sogenannte Heilung, also nachträgliche Korrektur der formellen und etwaigen materiellen Fehler des umstrittenen Bebauungsplans „Sumpfweg-Süd“ in Niederdollendorf. SPD und die Königswinterer Wählerinitiative hingegen votierten einstimmig für die Aufhebung des Bebauungsplans.

„Heute hat man vielleicht zum letzten Mal die Chance, den Bebauungsplan aufzuheben“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Kusserow. „Wir sollten sie nutzen und der Natur ihren Raum geben.“

Als Möglichkeit einer Aufwertung durch Renaturierung schlug die SPD vor, dieses Gebiet für das Förderprogramm Auen im

INHALT DIESER AUSGABE

Die Ideen der SPD für ein sozialeres Europa Seite 2

SPD-Kreistagsfraktion kämpft für Erhalt der Stichwahlen in NRW Seite 3

SPD Königswinter wählte verjüngten Vorstand Seite 4

Bürgerhäuser für alle Ortsteile Seite 4





Unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley



„Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa“ - dieser Spruch hat längst ausgedient! Mit Justizministerin Katarina Barley hat die SPD eine erfahrene Ministerin als Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert und unterstreicht so die Bedeutung der Wahl am 26. Mai. Barley ist Europäerin durch und durch und besitzt einen deutschen und einen britischen Pass. Europa hat keinen Mangel an Widersachern – aber viel mehr Menschen in Europa wollen ein starkes Europa. Für diese Menschen will Katarina Barley eine starke Stimme sein.

>>> Die europäische Union ist der bedeutendste politische Fortschritt des vergangenen Jahrhundert: Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Europa ist die Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Doch der europäische Gedanke wird durch Rechtspopulismus und Nationalismus bedroht. Bei der Europawahl am 26. Mai geht es darum, die Europäische Union zu verteidigen, indem wir sie sozialer und demokratischer machen.

Gemeinsam mehr erreichen

Unsere Antwort auf „America First“ ist „Europe United“. Europa muss international mit einer starken Stimme sprechen, um unsere Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit effektiv zu vertreten. Kein Mitgliedsstaat alleine hat das nötige Gewicht. Eine Zusammenarbeit ist angesichts der Aufkündigung von Abrüstungsabkommen nötiger denn je. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir brauchen einen verbindlichen EU-weiten Klimaschutz, eine effektive Bekämpfung von Plastikmüll, mehr Verbraucherschutz und IT-Sicherheit sowie eine gemeinsame, menschliche Migrationspolitik.

Europa der sozialen Sicherheit

Wir wollen ein Europa der sozialen Sicherheit und eine Angleichung der Lebensbedingungen in der EU. Das ist Friedenssicherung nach innen. Euro-

pawite, länderspezifische Mindestlöhne sollen für eine faire Entlohnung sorgen. In Deutschland bedeutet dies einen höheren Mindestlohn von zwölf Euro. Um Europa zu einer echten Sozialunion zu machen, setzen wir uns für gemeinsame Standards der Sozialsysteme ein. Mit einem Fonds zur Rückversicherung wollen wir Länder in Krisensituationen unterstützen, damit nicht bei den Schwächsten gekürzt wird. Die Jugendarbeitslosigkeit werden wir entschlossen bekämpfen.

Kampf für Steuergerechtigkeit

Großkonzerne und Internet-Giganten wie Google oder Facebook machen Milliardengewinne, zahlen aber kaum Steuern. Um Steuerdumping zu Lasten der Allgemeinheit zu bekämpfen, wollen wir Mindeststeuersätze für Unternehmen in der EU festsetzen und eine Digitalsteuer einführen. So sollen alle ihren fairen Beitrag leisten. Eine neue Finanztransaktionssteuer soll mehr Investitionen z. B. in strukturschwache Regionen, Forschung und Infrastruktur ermöglichen.

Austausch fördern

Europa muss erlebbar sein. Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Deshalb wollen wir den europäischen Austausch stärker fördern. Alle Europäerinnen und Europäer unter 25 Jahren sollen entsprechende Angebote wahrnehmen können.

Darum am 26. Mai: Europa stärken, SPD wählen.

KEIN DEMOKRATIEABBAU IN NRW!

>>> „Unsere Resolution im Kreistag ist erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Stichwahl bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen in NRW muss erhalten bleiben“, so Dietmar Tendler, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Es ist wichtig, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landräte und Landräte von einer wirklichen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler getragen werden.“

Gegen die Stimmen der CDU konnte sich die SPD mit ihrer Resolution im Kreistag durchsetzen. „Mit weniger Demokratie will sich die schwarz-gelbe Koalition in NRW mehr Macht in den

Rathäusern sichern. Das ist ein Angriff auf unsere gelebte Demokratie. Die deutschlandweit einmalige Abschaffung der Stichwahl wird zu einer geringeren Auswahlmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger führen“, erläutert

„CDU-Trickserei am Wahlrecht“

Ute Krupp, Fraktionsgeschäftsführerin. Die CDU erhoffte sich so, mehr Rathäuser zu gewinnen bzw. zu halten.

CDU und FDP hatten die Stichwahlen schon 2007 abgeschafft. Die rot-grüne

Landesregierung führte sie 2011 wieder ein. Hintergrund war, dass bei der Kommunalwahl 2009 in einigen Kommunen Kandidaten gewannen, die weniger als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Bei einer Stichwahl treten in einem zweiten Wahlgang die beiden bestplatzierten Bewerber an. So erhält der gewählte Amtsträger eine höhere Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler.

Im Landtag stimmten CDU und FDP im April dennoch für die Abschaffung der Stichwahlen. Die SPD in NRW wird nun gegen diese CDU-Trickserei am Wahlrecht Klage einreichen.



EINKLANG ZWISCHEN GESUNDHEIT UND LEBENSQUALITÄT

Gesundheitsversorgung im ländlichen Rhein-Sieg-Kreis

>>> „Die Idylle des Landarztes im Fernsehen hat wenig mit dem Alltag eines Landarztes im Rhein-Sieg-Kreis gemein“, so begann Dietmar Tendler seine Begrüßungsrede anlässlich einer Podiumsdiskussion der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema Gesundheitsversorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum.

Nach einem Impulsvortrag von Dr. Alexander Wilhelm, Staatssekretär aus dem rheinland-pfälzischen Sozial- und Gesundheitsministerium, diskutierten Experten aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit ihm über Möglichkeiten, wie z. B. dem Ärzte- und Pflegekräftemangel begegnet werden können, der angesichts des demografischen Wandels immer gravierender wird. Interessant war die von Hermann Allroggen (Kivi e.V.) erwähnte Studie zwischen dem Zusammenhang von Einsamkeit und steigender Pflegebedürftigkeit im Alter. Der Verein Kivi e.V. versucht, präventiv Pflegebedürftig-

keit zu vermeiden und vermittelt Ehrenamtliche, die ältere, alleinstehende Menschen unterstützen und aus der Einsamkeit holen. Ein anderer Ansatz ist das in Rheinland-Pfalz praktizierte Modell „Gemeindeschwestern plus“, das Dr. Wilhelm vorstellte. Diese Gemeindeschwestern leisten ebenfalls eine präventive Arbeit, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Außerdem können sie Ärzte bei vielen Aufgaben entlasten.

Diese Entlastung ist dringend notwendig, so Dr. Klaus Rösing vom Ärztenetzwerk aus Eitorf. Er bilde seit Jahren an gehende Hausärzte aus, finde aber seit zwei Jahren keine Bewerber mehr. Die Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid, Nicole Sander, berichtete beispielhaft, was Kommunen und der Kreis konkret tun können, um mehr Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte zu schaffen, damit sie sich auf dem Land niederlassen, etwa über Zuschüsse für Praxisübernahmen.

FERIENBETREUUNG AN DEN FÖRDER SCHULEN

„Endlich! Der erste Schritt für eine Ferienbetreuung an den Förderschulen ist getan“, so die Vorsitzende des Kreis-Schulausschusses Veronika Herchenbach-Herweg. Seit geraumer Zeit steht die Sozialdemokratin in Kontakt mit Eltern, die auch für ihre Kinder eine Ferienbetreuung einfordern. Der Schulausschuss beauftragte die Verwaltung nun einstimmig, ein Ferienbetreuungs-Pilotprojekt für die Sommerferien 2019 vorzubereiten. An vielen Regelschulen ist eine Ferienbetreuung für Kinder, die eine Offene Ganztagschule besuchen, selbstverständlich. Denn, wer hat schon drei Monate Urlaub im Jahr?

Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungen gesammelt werden. Die Förderschulen haben einen großen Einzugsbereich. Das Problem der Schülerbeförderung ist daher ebenso zu lösen, wie das einer adäquaten Betreuung durch Fachpersonal. „Jetzt sind wir auch im Förderschulbereich auf dem Weg, die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen“, so Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.